



Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1987/88

Veränderung des Konjunkturgefälles zwischen den USA und Westeuropa nur gering	349
Bundesrepublik Deutschland: Abschwächung überwunden?	355

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26/87

Berlin

54. Jahrgang

26. Juni 1987

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1987/88

Veränderung des Konjunkturgefälles zwischen den USA und Westeuropa nur gering

Die Expansion des Sozialprodukts wird auch 1987, wie schon in den Vorjahren, in den USA höher sein als in Westeuropa. Zwar steigt die Inlandsnachfrage in Westeuropa und in Japan etwas stärker als in den USA, ihre Expansion ist jedoch nicht nur in den USA, sondern auch in Westeuropa schwächer als im Vorjahr. Das Sozialprodukt nimmt in den USA schneller und in Westeuropa sowie Japan langsamer als die Inlandsnachfrage zu, weil sich wegen der beträchtlichen Veränderung der Wechselkursrelationen, die die Wettbewerbsposition der einzelnen Länder erheblich verschoben hat, wieder mehr Nachfrage den USA zuwendet. Expandiert jedoch die Wirtschaft Westeuropas nicht rascher, als es für dieses und das nächste Jahr zu erwarten ist, so bereitet es erhebliche Schwierigkeiten, den erstrebten Abbau der hohen Leistungsbilanzsalden zu erreichen. Es kommt dann vor allem auf die Wechselkursentwicklung an, und diese wirkt — bei starker Abwertung des Dollars und beträchtlicher Aufwertung der übrigen Währungen — eher darauf hin, daß die westeuropäische Wirtschaft noch schwächer expandiert. Dadurch würde aber der Abbau der Leistungsbilanzsalden wiederum erschwert; weitere Wechselkursänderungen wären notwendig und hätten erneut eine das Wachstum in Westeuropa und Japan schwächende Wirkung.

Ein solcher Prozeß setzte bereits im vergangenen Jahr ein, als sich immer deutlicher zeigte, daß sich das wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa nicht — wie erhofft — beschleunigte, sondern verlangsamte, weil sich die von der Außenwirtschaft ausgehenden dämpfenden Einflüsse verstärkten und die Wirtschaftspolitik in dieser Situation keine ausreichenden Maßnahmen zur Kräftigung der Inlandsnachfrage ergriff. Der Dollarkursverfall setzte sich

daher bis in dieses Jahr hinein fort. Konkurrenzposition und Außenwirtschaftsentwicklung Westeuropas und Japans wurden dadurch immer mehr beeinträchtigt, die Konjunktur zunehmend gedämpft.

Um dem Dollarkursverfall Einhalt zu gebieten, vereinbarten Regierung und Notenbanken der wichtigsten Industrieländer koordinierte Interventionen auf den Devisenmärkten. Gleichzeitig streben sie eine wirtschaftspolitische Flankierung dieser Interventionen an, um auch längerfristig bei der Wechselkursstabilisierung erfolgreich zu sein. Es ist jedoch nach wie vor sehr zweifelhaft, ob es tatsächlich in ausreichendem Umfang zu flankierenden Maßnahmen kommt, die die Konjunktur in Westeuropa wieder anregen könnten. Die meisten Regierungen schrecken vor einer ausreichenden Expansionspolitik zurück, weil sie eine beträchtliche Erhöhung des staatlichen Haushaltsdefizits fürchten, das schon jetzt in vielen Ländern als Folge der konjunkturellen Verlangsamung wieder gestiegen ist. Überdies scheuen sie eine weitere reichliche Geldmengenexpansion aus Furcht vor einer fühlbaren Inflationsbeschleunigung. Ist diese Scheu auch verständlich, so ist andererseits die sehr verhaltene Konjunkturentwicklung, bei der die Arbeitslosigkeit hoch bleibt oder sogar noch steigt, eine Herausforderung an die Wirtschaftspolitik, der nicht durch Zurückhaltung zu begegnen ist. Je länger aber die Regierungen warten, auf diese Herausforderung angemessen zu reagieren, um so schwieriger wird es für sie, die Probleme zu lösen.

Ein größeres Konjunkturgefälle zwischen Westeuropa sowie Japan einerseits und den USA andererseits würde nicht nur entstehen, wenn sich das wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa und Japan beschleunigte, sondern auch dann, wenn es sich in den USA verlangsamte.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1985 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988
Bundesrepublik Deutschland	8,8		2,4	1,0	2,0	3,7	2,5	2,0	3,1	1,5	1,0
Frankreich	6,8	15,5	2,0	1,5	1,5	3,7	2,0	2,0	5,0	3,0	3,0
Großbritannien	5,3	11,1	2,6	3,0	2,5	3,3	3,0	3,0	3,7	5,5	5,0
Italien	4,7	10,1	2,8	2,5	2,0	3,2	3,5	3,0	8,0	5,0	4,0
Spanien	2,1	2,4	3,0	2,5	2,0	5,5	4,0	3,0	9,0	6,5	7,0
Niederlande	1,7	11,2	1,5	1,5	1,5	2,6	2,5	2,0	0,5	-0,5	1,0
Belgien	1,1	8,9	2,0	1,5	1,5	1,9	1,5	1,5	4,0	2,0	2,5
Dänemark	0,8	2,9	3,3	0,0	0,5	5,5	0,5	1,0	4,5	4,0	3,0
Griechenland	0,4	1,3	0,5	0,0	0,0	-2,0	-1,0	-0,5	19,0	13,0	12,0
Portugal	0,2	0,6	4,0	2,0	1,5	4,0	3,0	2,0	18,0	9,0	8,0
Irland	0,2	0,6	0,0	1,5	1,0	-0,5	3,0	2,0	6,5	5,0	4,0
EG	32,1		2,4	1,8	1,9	3,5	2,6	2,3	4,9	3,5	3,2
EG ohne BRD	23,3		2,4	2,1	1,8	3,4	2,6	2,4	5,6	4,2	4,0
EG ohne BRD ⁴⁾		64,6	2,2	1,9	1,7	3,1	2,4	2,2	4,9	3,5	3,5
Schweden	1,2	3,6	1,5	2,0	1,5	2,0	2,5	2,0	7,0	5,0	5,0
Schweiz	1,4	7,0	2,3	2,0	1,5	5,1	3,5	2,5	4,5	2,5	2,5
Österreich	0,9	6,6	1,8	1,0	1,5	3,6	2,0	2,0	3,6	2,5	3,0
Norwegen	0,7	1,6	3,8	2,0	0,0	7,8	-2,5	-2,0	-2,0	5,5	4,5
Europäische Industrieländer	36,3		2,4	1,8	1,8	3,6	2,5	2,2	4,8	3,5	3,3
Europäische Industrie- länder ohne BRD	27,5		2,3	2,0	1,7	3,6	2,5	2,3	5,4	4,2	4,0
Europäische Industrie- länder ohne BRD ⁴⁾		83,4	2,2	1,8	1,6	3,4	2,4	2,1	4,7	3,4	3,4
USA	40,8	13,4	2,5	2,5	2,5	3,5	1,5	1,5	2,6	3,5	4,5
Kanada	3,3	1,3	3,1	2,5	2,5	3,7	2,0	2,5	2,8	4,0	3,5
Japan	19,6	1,9	2,5	2,5	3,0	4,0	3,5	4,0	1,8	1,5	1,5
Außereurop. Industrieländer	63,7		2,5	2,5	2,7	3,7	2,1	2,3	2,4	2,9	3,5
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		16,6	2,5	2,5	2,6	3,6	1,8	1,9	2,5	3,3	4,1
Insgesamt	100,0		2,5	2,2	2,3	3,6	2,3	2,3	3,3	3,1	3,4
Insgesamt ohne BRD	91,2		2,5	2,4	2,4	3,6	2,3	2,3	3,3	3,3	3,7
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	2,2	1,9	1,8	3,4	2,3	2,1	4,3	3,4	3,5

1) Auf Dollarbasis. — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Deflationierungsfaktor des BSP. — 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

Würde die amerikanische Regierung den Ratschlägen folgen, die ihr nicht zuletzt vom Ausland erteilt werden, und die Haushaltskonsolidierung energischer als bisher vorantreiben, so käme es in den USA zu einer konjunkturellen Stagnation oder gar Rezession. Dies erleichterte genauso wie eine Beschleunigung der Expansion in den anderen Industrieländern die Verringerung des hohen

amerikanischen Leistungsbilanzdefizits. Hierfür würde dann aber ein hoher Preis gezahlt werden müssen.

Die amerikanische Regierung sucht daher weiterhin, bei der Haushaltskonsolidierung behutsam vorzugehen. Zwar nimmt — auch als Folge der bisherigen Konsolidierungsbemühungen — die Inlandsnachfrage, wie erwähnt,

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe		
	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988
Bundesrepublik Deutschland	4,2	2,5	2,0	2,5	2,5	2,0	3,3	2,0	2,0	-0,5	-2,5	3,0	3,2	2,5	3,0
Frankreich	3,0	1,5	2,0	4,5	2,0	1,5	2,0	2,0	2,5	0,5	1,0	1,5	7,0	3,5	4,0
Großbritannien	4,7	3,5	3,0	1,2	1,5	1,0	0,6	3,0	3,5	3,0	4,0	1,0	5,9	4,0	3,0
Italien	3,2	3,5	3,0	3,0	2,5	2,5	1,2	4,5	4,0	3,1	2,0	2,5	5,1	5,5	5,5
Spanien	3,0	3,0	2,5	1,5	1,5	2,0	8,0	6,0	4,5	1,5	2,0	2,0	15,0	9,0	7,0
Niederlande	3,0	2,0	1,5	1,0	0,0	0,0	7,0	4,0	3,5	2,5	2,0	2,5	4,5	3,5	3,5
Belgien	1,5	1,0	1,5	-1,0	-2,0	-1,0	3,5	2,5	2,5	5,0	3,0	3,0	5,0	3,0	3,0
Dänemark	4,8	1,0	1,5	-0,1	1,0	1,0	12,7	1,0	1,0	0,9	1,0	2,0	6,9	3,0	3,0
Griechenland	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,5	1,0	-4,0	-1,0	0,0	11,0	3,0	3,0	-1,0	-1,0	1,0
Portugal	1,5	1,5	1,5	0,0	0,5	0,5	1,5	1,5	1,0	6,0	1,5	2,0	5,5	4,5	3,0
Irland	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,5	1,0	4,0	2,0	2,0	3,5	4,0	3,5
EG ¹⁾	3,5	2,5	2,3	2,3	1,8	1,5	2,9	2,8	2,8	1,7	0,9	2,3	5,3	3,7	3,7
EG ohne BRD ¹⁾	3,3	2,4	2,4	2,3	1,5	1,4	2,8	3,2	3,2	2,6	2,3	2,0	6,1	4,1	3,9
Schweden	4,0	2,5	2,0	1,5	1,0	1,5	0,0	2,0	2,0	2,0	2,5	3,0	3,5	3,5	4,0
Schweiz	3,0	3,0	2,0	1,6	2,5	2,0	7,4	5,5	3,5	2,8	2,0	2,5	8,0	4,5	4,5
Österreich	1,9	2,0	2,0	1,8	1,5	2,0	3,7	1,5	2,5	-2,4	-0,5	1,5	1,7	2,5	3,0
Norwegen	5,5	-2,0	-1,0	1,9	2,0	1,5	21,0	0,0	-3,0	1,0	4,5	2,0	8,8	-5,0	-2,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	3,5	2,4	2,2	2,3	1,8	1,6	3,5	2,8	2,7	1,6	1,1	2,3	5,4	3,5	3,6
Europäische Industrieländer ohne BRD ¹⁾	3,3	2,4	2,2	2,2	1,5	1,4	3,5	3,1	2,9	2,3	2,2	2,0	6,0	3,8	3,8
USA	4,1	2,0	2,0	2,7	2,0	2,0	2,9	-1,0	1,0	2,5	8,0	9,0	10,4	0,0	-1,0
Kanada	4,0	3,0	2,5	1,2	1,5	1,5	2,6	3,0	4,0	3,1	5,0	4,0	5,1	4,5	4,0
Japan	2,7	3,0	3,0	6,6	2,0	1,5	6,5	5,5	6,5	-4,8	-1,5	0,5	3,4	5,0	6,0
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3,7	2,3	2,3	3,3	2,0	1,9	4,3	1,8	3,4	-0,3	3,8	5,0	7,6	2,1	1,8
Insgesamt ¹⁾	3,6	2,4	2,3	2,9	1,9	1,7	4,0	2,2	3,1	0,8	2,1	3,3	6,3	2,9	2,9
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,6	2,3	2,3	2,9	1,8	1,7	4,1	2,2	3,2	1,1	3,0	3,4	6,7	3,0	2,8

¹⁾ Gewichte 1985 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

schwächer als in den vergangenen Jahren zu. Diese Abschwächung wird jedoch durch Impulse kompensiert, die sich aus den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen ergeben. Ins Gewicht fällt bis jetzt vor allem der Rückgang der Importe und weniger der Anstieg der Exporte. Ein größerer Teil der Inlandsnachfrage wendet sich nun wieder dem inländischen Güterangebot zu. Wahrscheinlich wird sich aber die Exportzunahme im Laufe dieses Jahres beschleunigen.

Am schwächsten entwickeln sich gegenwärtig die Investitionen. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen dürften in diesem Jahr sogar leicht zurückgehen. Hierin kommt einmal zum Ausdruck, daß die Steuerreform einen Teil der Unternehmen zunächst benachteiligt und damit

ihre Investitionsbereitschaft vermindert. Hinzu kommt, daß bei dem niedrigen Dollarkurs der Druck auf die Unternehmen abgenommen hat, zur Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu investieren.

Es ist damit zu rechnen, daß die USA im Verlauf dieses Jahres und auch im nächsten Jahr außenwirtschaftlich begünstigt bleiben. Der Dollarkurs wird, da eine beträchtliche Verminderung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits auch 1988 nicht zu erwarten ist, eher noch etwas fallen. Von der Außenwirtschaft wird daher die amerikanische Wirtschaft Impulse erhalten. Andererseits dürfte die Inlandsnachfrage weiterhin nur schwach expandieren. Einmal wird die Finanzpolitik bei Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen auch künftig dämpfend wirken.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			
	Unternehmertätig- keit und Vermögen			unselbständiger Arbeit									
	in Landeswährung												
Länder	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986
Bundesrepublik Deutschland	9,5	-0,5	0,5	5,0	3,5	3,5	6,9	-1,5	-1,5	2,6	2,5	1,5	20,4
Frankreich	15,0	7,0	6,0	4,5	3,5	4,0	12,7	5,5	4,0	2,5	2,0	2,5	15,0
Großbritannien	-0,6	2,0	6,5	7,8	8,5	8,0	-3,0	-0,5	4,0	5,3	5,5	5,5	3,0
Italien	14,5	9,0	6,0	8,2	8,0	6,0	11,4	6,0	4,0	5,3	5,5	4,0	16,7
Spanien	18,0	11,5	11,0	8,5	7,5	7,5	14,5	8,5	9,0	5,3	5,0	5,5	10,6
Niederlande	0,8	-1,0	3,5	2,5	2,0	2,0	-0,7	-2,0	2,0	1,0	0,5	0,5	18,5
Belgien	10,8	3,5	4,0	4,0	3,5	4,0	8,6	2,0	2,5	2,0	2,0	2,5	17,3
Dänemark	3,4	6,0	2,5	7,1	4,0	4,0	0,1	6,0	2,0	3,7	4,0	3,5	17,5
Griechenland	20,2	13,0	12,0	19,0	13,0	12,0	19,6	13,0	12,0	18,4	13,0	12,0	1,1
Portugal	33,5	11,5	10,0	13,0	11,0	9,0	28,4	9,0	8,5	8,7	9,0	7,5	7,1
Irland	6,4	8,0	4,0	6,5	6,0	5,5	6,4	6,0	3,0	6,5	4,5	4,5	15,9
EG ³⁾	10,8	4,8	5,1	6,1	5,3	5,0	6,5	1,8	2,3	3,5	3,3	2,9	15,2
EG ohne BRD ³⁾	11,3	6,6	6,7	6,5	6,0	5,6	6,4	3,1	3,8	3,8	3,6	3,5	13,1
Schweden	10,0	10,5	7,0	8,5	6,0	6,5	8,4	8,5	5,0	6,9	4,0	5,0	11,7
Schweiz	9,6	5,5	4,0	5,5	4,0	4,0	7,2	3,5	2,5	3,2	2,0	2,5	21,9
Österreich	6,0	2,5	4,0	5,8	4,0	4,0	4,2	1,5	2,5	4,0	3,0	2,5	21,9
Norwegen	-20,0	2,5	-8,5	13,2	9,5	9,0	-23,0	0,5	-8,5	9,0	7,5	9,0	9,6
Europäische Industrieländer ³⁾	10,0	4,9	4,8	6,3	5,4	5,1	5,8	2,1	2,2	3,8	3,4	3,2	15,3
Europäische Industrie- länder ohne BRD ³⁾	10,2	6,5	6,1	6,7	6,0	5,7	5,4	3,3	3,3	4,1	3,7	3,7	13,6
USA	4,0	7,5	7,5	5,5	6,0	7,0	1,5	5,0	5,0	2,9	3,5	4,5	-11,0
Kanada	4,0	11,0	6,5	5,7	6,0	6,0	0,9	8,0	4,0	2,5	3,5	3,5	-12,9
Japan	6,0	5,0	5,5	5,0	3,5	4,0	3,5	2,5	2,0	2,5	1,0	1,0	25,5
Außereurop. Industrieländer ³⁾	4,7	6,8	6,8	5,4	5,3	6,1	2,1	4,6	3,7	2,7	2,6	3,0	2,1
Insgesamt ³⁾	6,7	6,1	6,0	5,7	5,3	5,8	4,3	3,1	2,8	3,3	3,1	3,1	10,1
Insgesamt ohne BRD ³⁾	6,5	6,7	6,5	5,7	5,5	6,0	3,9	3,9	3,5	3,5	3,2	3,4	8,3

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. —
 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — 3) Gewichtet mit 1985er Anteilen.
 Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.
 Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsrate gerundet.

Zudem dürften die geldpolitischen Instanzen aus Furcht vor einer stärkeren Inflationsbeschleunigung, die die beträchtliche Dollarabwertung nach sich ziehen könnte, nur noch einen vorsichtig expansiven Kurs verfolgen. Die Gefahr einer erheblichen Inflationsverstärkung, die den Federal Reserve Board zu einer ausgesprochen restriktiven Geldpolitik veranlassen könnte, entstünde jedoch nur, wenn sich der Lohnauftrieb fühlbar beschleunigte. Dies ist bisher nicht zu sehen. Es ist daher wahrscheinlich, daß sich die wirtschaftliche Expansion auch 1988 etwa im bisherigen Tempo fortsetzt.

Von den Handelspartnern der Vereinigten Staaten ist bisher vor allem die Regierung in Japan bereit, mit zusätzlichen konjunkturstützenden Maßnahmen der mit aufwertungsbedingten Exporteinbußen einhergehenden Wachstumsabschwächung entgegenzuwirken; sie würde auf diese Weise dem Ausland größere Absatzmöglichkeiten schaffen und gleichzeitig ihrer Verantwortung für den Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte nachkommen. Das erst in Umrissen bekannte Konjunkturprogramm im Umfang von 6 000 Mrd. Yen — gut 1,5 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt — soll zum größten

Teil Infrastrukturprojekte sowie Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus enthalten. Daneben sind Einkommensteuererleichterungen und zusätzliche staatliche Importe aus den USA vorgesehen. Die tatsächlichen konjunkturellen Anstoßwirkungen lassen sich erst abgreifen, wenn mehr Informationen über Struktur, Finanzierung und zeitliche Umsetzung des finanzpolitischen Programms vorliegen. Auch ist noch unklar, ob die Regierung den Plan, die Einnahmeausfälle bei der Einkommensteuer durch die Einführung einer Mehrwertsteuer von 1988 an zu neutralisieren, aus politischer Rücksichtnahme nur aufgeschoben, nicht aber fallen gelassen hat.

Im letzten Jahr war der Anstoß des damaligen — geringer dimensionierten — japanischen Konjunkturprogramms schwächer als erhofft. Dennoch bleibt die nachfragestützende Wirkung der staatlichen Käufe sowie der staatlich besonders geförderten Wohnungsbauinvestitionen unübersehbar, selbst wenn die — als Staatsverbrauch verbuchten — staatlichen Goldkäufe zur Herausgabe von Gedenkmünzen, die das Niveau von Importen und Inlandsnachfrage merklich angehoben hatten, außer acht bleiben. Im laufenden Jahr werden die staatlichen Investitionen und der Wohnungsbau die Inlandskonjunktur stärker beleben, im kommenden Jahr dürften die Zuwächse wieder geringer ausfallen.

Die privaten Ausrüstungsinvestitionen werden in diesem Jahr nur verhalten steigen. Im verarbeitenden Gewerbe sind die Ertragsaussichten — trotz leichter Verbesserungen auf der Kostenseite — wegen der Absatzeinbußen im Exportgeschäft nach wie vor gedämpft, und die Investitionspläne wurden kräftig gekürzt. Im tertiären Sektor wiederum haben große öffentliche Unternehmen eine Reihe von Investitionen in das letzte Jahr vorgezogen.

Bei den privaten Haushalten werden die beabsichtigten Steuererleichterungen die Kaufkraft stärken, so daß der private Verbrauch weiterhin stetig zunehmen wird, selbst wenn die Lohneinkommen bei der verschlechterten Gewinnsituation und infolge höherer Arbeitslosigkeit weniger steigen werden als in den vergangenen Jahren.

Insgesamt ist deshalb zu erwarten, daß die Inlandsnachfrage auch weiterhin schneller zunehmen wird als das Sozialprodukt. Unterstützt wird dies durch eine nach wie vor günstige Preisentwicklung einerseits, die Fortsetzung einer Politik der reichlichen Geldversorgung und niedriger Zinsen andererseits.

Die japanische Wirtschaftspolitik fördert damit den Abbau der Überschüsse im Außenhandel. In realer Rechnung wurde der Leistungsbilanzsaldo bereits im letzten Jahr kräftig — um rund ein Drittel — gegenüber dem Vorjahr verringert; er wird bis 1988 weiter deutlich zurückgehen, selbst wenn dann die Anpassung der Auslandsnachfrage an die bisherigen Wechselkursveränderungen weitgehend vollzogen sein dürfte und Einkommenseffekte wieder eine leichte Zunahme der japanischen Exporte — auf niedrigerem Niveau — zulassen.

In laufender Rechnung jedoch hat der Leistungsbilanzüberschuß im letzten Jahr — wechselkurs- und ölpreisbedingt — sogar noch zugenommen. In diesem und im kommenden Jahr werden die Überschüsse wieder zurückgehen; die Abnahme bleibt aber zunächst aus weltwirtschaftlicher Sicht noch unbefriedigend. Mit gefestigtem Wachstum könnten auch die Importe nochmals kräftiger zunehmen. Auf jeden Fall sind weitere Bemühungen auf Seiten der japanischen Regierung zur Öffnung des japanischen Binnenmarkts für ausländische Anbieter notwendig, damit der Abbau des Leistungsbilanzüberschusses beschleunigt wird, ohne daß es zu einem neuerlichen Aufwertungsdruck kommt.

In den westeuropäischen Industrieländern werden bisher im Gegensatz zu Japan keine zusätzlichen konjunkturstützenden Maßnahmen erwogen. Während der letzten Jahre war das Wirtschaftswachstum in *Westeuropa* stark durch die wirtschaftliche Expansion in Nordamerika und die Überbewertung des Dollars gestützt worden. Diese Situation hatte es den Regierungen erlaubt, einen finanzpolitischen Konsolidierungskurs zu verfolgen, ohne daß sie eine wirtschaftliche Stagnation oder gar Rezession in Kauf nehmen mußten, bei der sich die Arbeitsmarktlage weiter verschlechtert hätte.

Mit dem Wegfall der konjunkturellen Impulse aus den Vereinigten Staaten und mit der kräftigen Abwertung des Dollars ist nunmehr aber auch dieses schwache Wachstum gefährdet. In einer Reihe von europäischen Ländern wäre inzwischen zwar genügend wirtschaftspolitischer Spielraum vorhanden, die gegenwärtige wirtschaftliche Stagnation zu überwinden. Dieser Spielraum könnte aber nur dann genutzt werden, wenn die Bundesrepublik Deutschland als wichtigste europäische Wirtschaftsnation — mit der zudem günstigsten wirtschaftlichen Ausgangssituation — einer entsprechenden Strategie abgeschlossen gegenüberstände und dem erheblichen internationalen Druck, mehr für eine Stärkung ihres Wachstums zu tun, nachgäbe. Gegenwärtig fordert man in der Bundesrepublik Deutschland und in den anderen Ländern Westeuropas zwar ein energisches konjunkturpolitisches Vorgehen Japans, lehnt eine expansivere Wirtschaftspolitik in Westeuropa aber ab, da sie die Konsolidierung gefährde.

Ein europäischer Beitrag zu einem stärkeren Wachstum der Weltwirtschaft liegt nicht nur im amerikanischen, sondern auch im eigenen, europäischen Interesse, weil nur so die Arbeitsmarktlage wieder verbessert werden kann.

Der internationale Druck, dem die *Bundesrepublik Deutschland* zur Zeit wiederum — wie schon vor einem Jahr — ausgesetzt ist, ist angesichts des noch immer hohen Leistungsbilanzüberschusses, wieder steigender Arbeitslosenzahlen bei abgeschwächtem Wachstum, einer günstigeren Lage bei den öffentlichen Defiziten und relativ großer Preisstabilität, insbesondere vor dem Hintergrund des Beitrages der USA zu dem weltweiten Auf-

schwung nach 1982, nur verständlich. Ginge die Bundesrepublik auf dieses Drängen ein, könnte auch von den anderen Ländern Westeuropas eine größere Bereitschaft erwartet werden.

Damit stellt sich für die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik die Aufgabe — nur von einer wesentlich schlechteren Ausgangsposition aus —, das heimische Wachstum auf einen Pfad zu bringen, der nicht unterhalb, sondern oberhalb des Wachstumspfad der wichtigsten Handelspartner liegt. Allerdings, und das ist längerfristig entscheidend für den Erfolg einer solchen Strategie, müssen dabei die Impulse für stärkeres Wachstum vor allem aus dem Inland kommen. Ein erneut im Schwerpunkt auf Exportsteigerung gestützter Wachstumsprozeß kann sicherlich nicht über mehrere Jahre als tragfähig angesehen werden.

In *Frankreich* haben sich die konjunkturellen Perspektiven in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Die für das zweite Quartal dieses Jahres erwartete Belebung der Produktion ist nach den ersten verfügbaren Indikatoren schwächer ausgefallen als vielfach angenommen. Der private Verbrauch stagniert seit Ende letzten Jahres. Bei nur geringen Lohnsteigerungen und zunehmender Arbeitslosigkeit nimmt das verfügbare Einkommen kaum noch zu, während die Aufhebung der letzten Preiskontrollen zu Beginn des Jahres zumindest vorübergehend zu zusätzlichen Preiserhöhungen führte. So wird der private Verbrauch auch weiterhin kaum expandieren. Dies und die pessimistischere Einschätzung der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung im laufenden wie im nächsten Jahr dämpfen zudem die Investitionsneigung.

Insgesamt ist die Zunahme der Inlandsnachfrage dennoch stärker als das Wachstum des Sozialprodukts, da die Auslandsnachfrage kaum noch steigt. Zwar wurde mit der letzten Franc-Abwertung die französische Wettbewerbsfähigkeit etwas gestärkt, jedoch ist es bisher nicht zu der von der Regierung erhofften deutlichen Verbesserung der Handelsbilanz gekommen. Die außenwirtschaftliche Situation ist in diesem Jahr insgesamt etwa ausgeglichen. Der Spielraum für einen nationalen Alleingang in Richtung auf eine aktivere Konjunkturpolitik ist gleichwohl, wie die Erfahrungen vom Beginn der achtziger Jahre zeigen, sehr begrenzt. Kommt es zu keiner konzentrierten europäischen Aktion, wird die Regierung ihre Wirtschaftspolitik weiter vor allem an der labilen außenwirtschaftlichen Entwicklung ausrichten. Bei einem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum von 1 bis 1,5 vH in diesem und im nächsten Jahr ist eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage nicht zu vermeiden. Deshalb wird man angesichts der für 1988 bevorstehenden Wahlen wohl wieder zu speziellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen greifen, um eine rasche Zunahme der Arbeitslosenzahlen zu verhindern.

Italien gehört zu den Ländern in Westeuropa, die auch gegenwärtig noch eine vergleichsweise gute wirtschaftliche Entwicklung aufweisen. Auch hier ist — wie in den

meisten europäischen Ländern — die Inlandsnachfrage stärker als die Auslandsnachfrage gestiegen. Vor allem der private Verbrauch expandiert weiterhin lebhaft. Dies stimuliert die Investitionsbereitschaft, obwohl sich die weltwirtschaftlichen Aussichten verschlechtert haben. Allerdings hat sich auch die Ertragslage der italienischen Unternehmen seit Mitte der achtziger Jahre kräftig verbessert.

Die umfangreiche Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die nun die Schattenwirtschaft stärker berücksichtigt, erschwert gegenwärtig eine genauere Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung. Insgesamt stellt sich die wirtschaftliche Situation Italiens nach den neuen Daten günstiger als zuvor dar. Nunmehr wird ein höheres Bruttosozialprodukt ausgewiesen. Die Relation des staatlichen Defizits zum Bruttosozialprodukt ist beispielsweise geringer als bisher berechnet.

Nur wenig revidiert wurden die Außenhandelsdaten. Die Handelsbilanz hat sich 1986 zwar günstig entwickelt. Jedoch nehmen die Importe im Sog der kräftigen Inlandsnachfrage rascher zu als im Vorjahr, während der Exportanstieg sich verlangsamt hat. So wird die außenwirtschaftliche Bilanz in diesem Jahr bereits wieder negativ werden.

Auch bei einer Neubildung der Regierung nach den Wahlen ist die wirtschaftspolitische Manövrierfähigkeit gering. So wird der gegenwärtige wirtschaftspolitische Kurs, der bei einer allmählichen Modernisierung und Umstrukturierung der italienischen Wirtschaft auf vorsichtigen Abbau der staatlichen Defizite gerichtet ist, sicherlich beibehalten werden. Bei dieser, die konjunkturelle Entwicklung eher leicht dämpfenden Wirtschaftspolitik, bei einem schwächeren Anstieg der realen Kaufkraft der privaten Haushalte und bei einer kaum noch zunehmenden Auslandsnachfrage wird sich das Wirtschaftswachstum von etwa 2,5 vH in diesem Jahr auf etwa 2 vH im nächsten Jahr abschwächen.

In *Großbritannien* expandiert die Wirtschaft gegenwärtig rascher als in den meisten anderen Industrieländern. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die immer noch relativ niedrige Bewertung des Pfundes der britischen Wirtschaft einen Konkurrenzvorteil verschafft. Die britischen Exporte erhöhen sich daher überdurchschnittlich. Aber auch die Inlandsnachfrage, insbesondere der private Verbrauch, steigt stärker als in den übrigen Industrieländern; denn Nominal- und Realeinkommen der privaten Haushalte nehmen hier ebenfalls kräftiger zu. Die relativ rasche Export- und Verbrauchszunahme strahlt auf die Entwicklung der Anlageinvestitionen aus, die in diesem Jahr stärker als in den vergangenen Jahren, wenn auch nicht kräftiger als im Durchschnitt der übrigen Industrieländer, steigen.

Das relativ günstige konjunkturelle Bild darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die außenwirtschaftliche Basis des gegenwärtigen Aufschwungs keineswegs

solide ist. Eine Fortsetzung der Aufwertungstendenz, die die Entwicklung des Pfundkurses bereits zeigt, würde dazu führen, daß der wechsekursbedingte Wettbewerbsvorteil der britischen Wirtschaft wieder verloren geht. Dies würde die künftige Exportentwicklung beeinträchtigen. Nach Abklingen der von der Ölpreissenkung ausgehenden Effekte, die auch für das Ölförderland Großbritannien expansiv waren, ist in diesem Land ebenfalls mit einer Verlangsamung der Realeinkommenszunahme zu rechnen. Die Erhöhung des privaten Verbrauchs dürfte sich deshalb allmählich abschwächen. Die britische Wirtschaft wird daher im nächsten Jahr nicht mehr mit dem bisherigen Tempo expandieren. Auch bei diesem — im internationalen Vergleich als relativ rasch erscheinenden —

Wachstum sinkt die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit nur leicht. Die Entwicklung in Großbritannien ist also keineswegs so günstig, wie sie vielerorts eingeschätzt wird.

Ähnlich wie in den großen europäischen Ländern steigt die Inlandsnachfrage auch in den meisten kleineren *Ländern Westeuropas* noch kräftiger als die Auslandsnachfrage. Die wirtschaftliche Abschwächung vor allem in der Bundesrepublik Deutschland strahlt auf diese Länder, z.B. die Benelux-Staaten und Österreich, besonders stark aus. Aber auch die Dollarabwertung schlägt sich in dem zumeist nur geringen Exportanstieg nieder. Insgesamt wird sich 1987/88 das Wirtschaftswachstum auch in den kleineren Ländern verlangsamen, und die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich wieder verschlechtern.

Bundesrepublik Deutschland: Abschwächung überwunden?

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist auch bis zur Jahresmitte 1987 noch nicht auf einen Wachstumspfad zurückgekehrt, wie er zwischen Anfang 1983 und Mitte des Jahres 1986 erreicht worden war. Das Brutto sozialprodukt ist bis zum ersten Quartal zurückgegangen, doch gab es zuletzt Anzeichen für eine Stabilisierung der industriellen Entwicklung.

Die wirtschaftspolitische Diskussion in der Bundesrepublik ist damit in einem Maße wie selten zuvor von erheblichen Diagnose- und Prognoseunsicherheiten überschattet. Mit gleichen Indikatoren und statistischen Ergebnissen wird in dieser Debatte sowohl die These vertreten, die offenkundige Wachstumsabschwächung sei nur vorübergehender Natur, sei nur eine „Delle“ in einem insgesamt robusten Wachstumspfad, als auch die Möglichkeit einer „echten“ Rezession eingeräumt.

Das DIW hat in dieser Diskussion frühzeitig eine mittlere Position eingenommen und sieht derzeit keinen Anlaß, davon abzugehen. Es teilt weder die verharmlosende Dellentheorie, noch beschwört es die Rezession. Dies ist das Ergebnis der Abwägung einer Reihe verschiedener Gesichtspunkte. Die Annahme einer baldigen Umkehr der Entwicklung — wie sie auch in der Prognose von 1 vH für die jahresdurchschnittliche Zuwachsrates des realen Brutto sozialprodukts enthalten ist — basiert vor allem auf Schlußfolgerungen, die sich aus einem Vergleich der heutigen Situation mit früheren Zyklen ergeben.

Elemente einer zyklischen Abschwächung, wie sie im Gefolge des Exportrückgangs seit Mitte 1986 zu beobachten sind, wurden nämlich in der Vergangenheit immer dann zu Rezessionen verstärkt, wenn Geld- und Finanzpolitik, in erster Linie aus Gründen der Inflationsbekämpfung, eine restriktive Linie einschlugen. Das ist diesmal nicht der Fall. Die Geldpolitik wirkt mit den Zinssenkungen seit Anfang dieses Jahres sogar anregend, und

von der Finanzpolitik werden unter Status-quo-Bedingungen expansive Einflüsse ausgehen. Insofern gründet sich die Annahme eines Wendepunktes noch im Laufe dieses Jahres auf die Überzeugung, daß eine Stabilisierung der Produktion gelingen wird, wenn sich die Außenhandels-situation nicht weiter verschlechtert. Ob dieser Wendepunkt schon im zweiten Quartal lag, ist keineswegs sicher. Denn in dieser Periode wird die Entwicklung durch eine Reihe von Aufholeffekten bestimmt.

Tatsache bleiben jedoch die konjunkturellen Einbußen in den drei letzten Quartalen. Wie immer man diese Entwicklung nennt, es kann nicht bestritten werden, daß sie, was das bisher unverändert große Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt angeht, einen Rückschlag bedeutet. Denn schon jetzt ist durch die Schwäche der Konjunktur all das, was an Erfolgen beim Abbau der Arbeitslosigkeit im gesamten vorangegangenen Aufschwung erreicht wurde, aufgezehrt worden. Die unvermindert hohe Zahl von saisonbereinigt über zwei Millionen arbeitslosen Menschen zeigt dies deutlich genug. Berücksichtigt man dazu die Sonderfaktoren, die zeitweilig oder noch immer den Arbeitsmarkt entlasten, so wird der Eindruck der Erfolglosigkeit verstärkt¹.

Die Beschäftigung stieg in den ersten Monaten dieses Jahres kaum noch; zuletzt dürfte sie stagniert haben. Da die Zahl der Beschäftigten ein konjunktureller Spätindikator ist, wird die unbefriedigende Entwicklung noch andauern, wenn sich allmählich wieder eine konjunkturelle Belebung durchsetzt. Bis weit in das Jahr 1988 hinein ist somit keine Entlastung am Arbeitsmarkt zu erwarten. Die

¹ Sonderfaktoren sind vor allem: Die Vorruhestandsregelungen, die Auswirkungen des Paragraphen 105 c des Arbeitsförderungsgesetzes („58er-Regelung“), der Erziehungsurlaub, ein erhöhter Einsatz von Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine wesentlich größere Zahl von Teilnehmern an beruflichen Förderungsmaßnahmen.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr		
	1986	1987	1988	1986	1987	1988
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 618,4	1 632,5	1 661,5	2,4	1,0	2,0
Beschäftigte Arbeitnehmer (1 000 Personen)	22 455	22 550	22 580	1,1	0,5	0,0
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 228	2 230	2 250	·	·	·
Arbeitslosenquote ¹⁾ (vH)	9,0	9,0	9,0	·	·	·
Verbraucherpreise ²⁾	·	·	·	-0,4	0,5	2,0
Leistungsbilanzsaldo ³⁾ (Mrd. DM)	77,8	54	33	·	·	·
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	-24,1	-38,5	-50	·	·	·

¹⁾ Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — ²⁾ Preisindex des privaten Verbrauchs. — ³⁾ Zahlungsbilanzstatistik.
Quellen: 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und eigene Berechnungen; 1987 und 1988 Prognose des DIW. Prognostizierte Werte gerundet.

hier für den Durchschnitt des Jahres 1987 prognostizierte Zunahme der Beschäftigung um rund 100 000 Personen beruht weitgehend auf dem statistischen Überhang am Jahresende 1986. Im Jahresverlauf 1987 wird die Beschäftigungstendenz wahrscheinlich negativ werden. Das heißt, daß infolge der konjunkturellen Abschwächungsphase zwei volle Jahre im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verloren wurden, mit allen Folgen, die das für die Qualifikation und die sozialen Bedingungen der Betroffenen und hier vor allem der längerfristig Arbeitslosen hat.

1987: Ende des Konjunkturrückgangs absehbar

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird auch 1987 von der Inlandsnachfrage, vor allem vom privaten Verbrauch, getragen werden. Der Konsumklimaindex zeigt, daß die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte vor allem bei langlebigen Konsumgütern (Pkw, Einrichtungsgegenstände) weiter gestiegen ist. Mit real 2,5 vH wird der Zuwachs des privaten Verbrauchs aber deutlich geringer als 1986 (4 vH) ausfallen. Das korrespondiert weitgehend mit der Halbierung der Zuwachsrates des real verfügbaren Einkommens von 5 auf 2,5 vH. Dazu tragen der nach dem Wegfall der Importpreissenkungen wieder spürbar werdende Preisauftrieb wie auch die konjunkturelle Abschwächung der Effektivverdienste, die zudem wieder einer höheren Steuerbelastung ausgesetzt sind, zu etwa gleichen Teilen bei.

Dagegen dürfte sich die seit etwa einem Jahr andauernde abwärtsgerichtete Tendenz bei der realen Warenausfuhr erst im Laufe des zweiten Halbjahres umkehren. Der im Jahresdurchschnitt zu erwartende Rückgang der Ausfuhr von 2,5 vH beruht vor allem auf der Entwicklung im ersten Halbjahr. Allerdings wird der Export in der

Grundtendenz auch danach schwach bleiben, da das mäßige Wirtschaftswachstum im Ausland und die zunächst noch fortwirkenden Wechselkurseffekte nur auf einigen Märkten eine stärkere Expansion erlauben. Vor allem beeinträchtigt die schwache Investitionstätigkeit in Europa die Exportchancen deutscher Unternehmen. Auch von den Entwicklungsländern, den OPEC-Ländern und den Staatshandelsländern sind kurzfristig keine Impulse zu erwarten. In den USA und in den meisten Ländern des Dollarraums werden weitere Einbußen nicht zu vermeiden sein.

Angesichts dieser Exportperspektiven wird sich die Investitionsnachfrage der Unternehmen auch im restlichen Verlauf dieses Jahres nur sehr allmählich beleben. Die leichte Verschlechterung der Gewinnsituation dürfte nur wenig zu Buche schlagen, denn im Durchschnitt verfügen die Unternehmen — vor allem in den vorher exportbegünstigten Bereichen — noch über gute Finanzpolster. Gestützt wird die Investitionsneigung von der weiteren Verbesserung der Fremdfinanzierungsbedingungen. Vom vierten Quartal letzten Jahres bis heute sank die Rendite öffentlicher Anleihen von 6 auf rund 5½ %, ihren seit Frühjahr 1978 niedrigsten Stand; und die — nach Abzug eines Preissteigerungstrends von voraussichtlich 2 vH zu erwartende — Realverzinsung beläuft sich auf 3 bis 3½ %, nach 4 bis 5 % in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Ferner ist die durchschnittliche Restlaufzeit neuemittierter Rentenwerte mit sieben Jahren so lang wie seit vielen Jahren nicht (1984: 4,7; 1985: 5,3). Ungewöhnlich günstig ist auch die Struktur der Fremdfinanzierung der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft); der Anteil der langfristigen Kredite an den gesamten Verbindlichkeiten ist noch höher als selbst im Jahre 1978.

Insgesamt werden diese Effekte jedoch nicht ausreichen, Anstöße für ein befriedigendes Wachstum noch in diesem Jahr zu geben. Zudem werden die Unternehmen

in weiter steigendem Umfang auf Investitionsgüter zurückgreifen, die das Ausland preisgünstig anbietet.

Im Winterhalbjahr 1986/87 wurde die Bautätigkeit durch die Witterung stark beeinflusst. Während sie im vierten Quartal 1986 noch durch das milde Wetter begünstigt wurde, wurde sie im ersten Quartal dieses Jahres durch das kalte Wetter stark gedrückt. Unter Ausschaltung von Witterungseinflüssen ist die konjunkturelle Grundtendenz bei den Bauinvestitionen aufwärts gerichtet.

Im Wohnungsbau bleibt die Entwicklung allerdings weiterhin gespalten. Beim Neubau dürfte sich die Nachfrage im Einfamilienhausbau allmählich wieder beleben, da der Hypothekenzins niedrig ist, die Bau- und Grundstückspreise wieder steigen und die Realeinkommen der privaten Haushalte weiter zunehmen werden. Auch die seit 1. Januar 1987 geltenden steuerlichen Regelungen dürften die Bautätigkeit im Einfamilienhausbau eher stimulieren. Dagegen werden Nachfrage und Bautätigkeit im Geschößwohnungsbau weiter kräftig zurückgehen, da hier steuerliche Förderungen weggefallen sind. Während sich die Lage im Neubaubereich insgesamt also erst allmählich bessern dürfte, wird im Bereich der Bestandspflege auch weiterhin viel getan werden. Wenn 1987 die Wohnungsbauinvestitionen noch niedriger sein werden als im Vorjahr, so liegt dies an der recht kräftigen Schrumpfung der Auftragsbestände sowie an den negativen Witterungseffekten im ersten Quartal 1987.

Entwicklung der Bauinvestitionen
zu Preisen von 1980

	1986	1987	1988
in Mrd. DM			
Wohnbauten	87,0	86,5	87,5
Wirtschaftsbauten	64,7	68,0	70,0
Staat	36,0	37,0	36,0
Insgesamt	187,6	191,0	194,0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Wohnbauten	-1,2	-1,0	1,5
Wirtschaftsbauten	5,3	5,5	3,0
Staat	6,2	2,0	-2,0
Insgesamt	2,3	2,0	1,5
<i>Quellen:</i> 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; 1987 und 1988 Prognose des DIW. Prognostizierte Werte gerundet.			

Der Wirtschaftsbau verfügt über relativ hohe Auftragsbestände. Die Nachfrage nimmt gegenwärtig weiter zu, so daß für 1987/88 ein ausreichendes Baupotential vorhanden ist. Die Nachfrage im Neubaubereich wird auch weiterhin aufwärts gerichtet sein.

Der öffentliche Bau wird 1987 noch von Auftragsbeständen gestützt, doch geht die Baunachfrage, gemessen

an den realen Auftragseingängen, gegenwärtig wieder zurück. Die Verschlechterung der Finanzlage der Gemeinden wird diesen Prozeß noch im laufenden Jahr verstärken. Angesichts eines noch hohen Baupotentials kann dennoch mit einem realen Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen gerechnet werden.

Von der Finanzpolitik insgesamt gehen 1987 stützende Einflüsse auf die Gesamtwirtschaft aus. Die Zunahme des Defizits ist nicht so sehr auf eine bewußt antizyklische Politik zurückzuführen, sondern hauptsächlich Reflex der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Während der Anstieg der Staatsausgaben wie in den Vorjahren reichlich 4 vH betragen wird, bleiben die Einnahmen mit weniger als 3 vH deutlich hinter den zuletzt realisierten Raten zurück, so daß das staatliche Finanzierungsdefizit merklich steigt (von 24 auf fast 40 Mrd. DM).

Die Ausgaben für den Staatsverbrauch werden um 4,5 vH zunehmen. Hierbei wird angenommen, daß die spärlicher fließenden Einnahmen noch nicht dazu führen, daß die etwas gelockerte Einstellungspolitik im öffentlichen Dienst alsbald in eine neuerliche Stellensperre mündet. Nur wenig abgeschwächt hat sich der Ausgabenanstieg bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Transferzahlungen werden um etwa 4 vH zunehmen. Mehrausgaben werden dadurch fällig, daß im Laufe des Jahres einige Sozialleistungen (Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rentenberechnung, Verbesserungen beim Bezug von Arbeitslosengeld) eingeführt bzw. aufgestockt werden. Die Renten werden zur Jahresmitte um 3,7 vH erhöht.

Wie in der Vergangenheit häufig zu beobachten war, schlagen sich Schwankungen auf der Einnahmenseite vor allem in den Investitionshaushalten nieder. So lassen die verfügbaren Indikatoren darauf schließen, daß die öffentlichen Investitionen 1987 mit nur 4,5 vH merklich weniger zunehmen werden, als noch zu Jahresbeginn erhofft worden war.

Die Einnahmen des Staates werden schwächer als im Vorjahr steigen, obwohl damals Ausfälle von über 10 Mrd. DM infolge der Steuerreform den Anstieg dämpften. Progressionsbedingt wird sich das Lohnsteueraufkommen um immerhin 7 vH erhöhen, dem steht aber eine Abnahme der Gewinnsteuern (-4 vH) gegenüber. Gedrückt werden die Einnahmen des Bundes durch die Verringerung der Gewinnabführung der Bundesbank um 5,5 Mrd. DM. Auch die Sozialbeiträge steigen weniger stark als im Vorjahr, vor allem, weil die Beschäftigtenzahl im Jahresdurchschnitt verlangsamt zunimmt; die Senkung der Beitragsätze in der Rentenversicherung zum Jahresanfang wird praktisch kompensiert durch die Beitragserhöhungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

Die Preisentwicklung wird auch in diesem Jahr in ruhigen Bahnen verlaufen. Nach einem leichten Rückgang im vergangenen Jahr wird 1987 indes ein leichter Anstieg zu verzeichnen sein, weil die importpreisbedingten Son-

dereinflüsse weitgehend entfallen. Der Anstieg der Lohnstückkosten — wichtigste Komponente für den heimischen Preisauftrieb — wird wie im vergangenen Jahr etwa 2,5 vH betragen. Die Einfuhrpreise werden nun wieder etwas steigen, aber noch etwas unter dem Niveau vom Vorjahr liegen. Die Terms of Trade werden sich dabei gegenüber 1986 noch einmal leicht verbessern.

Die reale Einfuhr wird mit fast 3 vH wiederum einen steigenden Anteil an der Zunahme der realen Inlandsnachfrage beanspruchen, da Anbieter im Ausland ihre preisliche Wettbewerbsposition weiter ausbauen können. Der reale Außenbeitrag wird sich unter diesen Umständen nahezu halbieren, nämlich auf 35 Mrd. DM. In nominaler Rechnung wird er jedoch nur um ein Viertel zurückgehen. Die Leistungsbilanz — in der Abgrenzung der Zahlungsbilanz — weist mit fast 55 Mrd. DM immer noch einen Überschuß aus, der unter internationalem Aspekt als weit überhöht gelten muß.

Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt in diesem Jahr um nicht mehr als 1 vH expandieren. Das ist, wie erwähnt, zu wenig, um das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt auch nur in seiner jetzigen Größenordnung zu halten. Am Jahresende wird die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt etwa 2¼ Mill. betragen.

Ausblick auf die Entwicklung 1988

Eine quantitative Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik im kommenden Jahr ist mit besonderen Risiken belastet. Diese liegen nicht nur in einer richtigen Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern und des Wechselkurses der D-Mark; die gegenwärtige Wachstumschwäche erschwert auch die Voraussage über den Kurs der Finanzpolitik, weil nicht auszuschließen ist, daß auf die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuereinnahmen mit Ausgabenkürzungen reagiert wird.

Insgesamt wird vorausgesetzt, daß die Wachstums hemmnisse, die insbesondere vom Export ausgehen, noch in diesem Jahre abklingen und es zu einer Fortsetzung der leichten konjunkturellen Aufwärtsbewegung kommt. Nach den Annahmen, die hier für die Entwicklung des Welthandels und für den Wechselkurs zugrunde gelegt werden, ergeben sich 1988 wieder günstigere außenwirtschaftliche Einflüsse:

- Der Welthandel nimmt real etwa gleich stark zu wie im laufenden Jahr, nämlich mit einer Rate von etwa 2,5 vH.
- Der Wechselkurs der D-Mark zum US-Dollar verändert sich nur noch wenig, die Bewertung des Dollars fällt von 1,80 DM im Durchschnitt dieses Jahres auf 1,70 DM im nächsten. An den Wechselkursrelationen im Europäischen Währungssystem ändert sich nur wenig.

- Der Weltmarktpreis des Rohöls steigt nur leicht, von etwa 18 Dollar je Barrel in diesem auf etwa 19 Dollar im nächsten Jahr.
- Die tariflichen Stundenlöhne werden etwa ebenso stark steigen wie in diesem Jahr. Diese Annahme wird zum Beispiel durch den Abschluß im Metallbereich gestützt, der moderate Lohnerhöhungen über drei Jahre vorgibt.

Für das Verhalten der Finanz- und Geldpolitik werden relativ optimistische Annahmen getroffen:

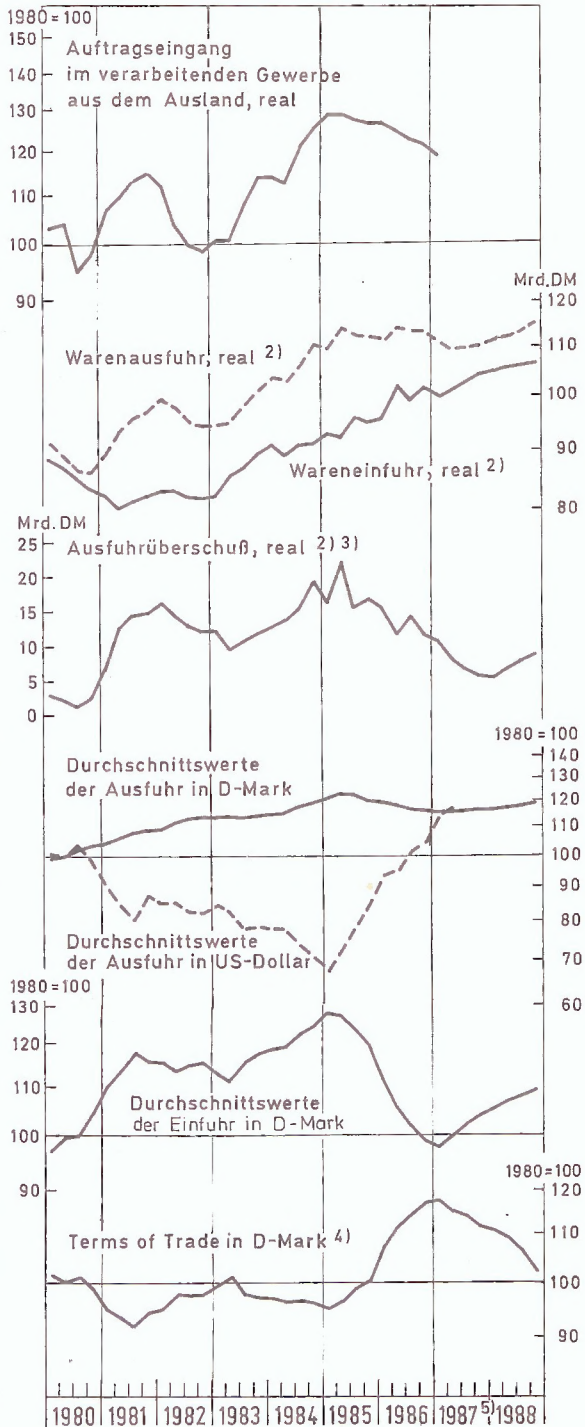
- Die Steuern vom Einkommen werden entsprechend der gegenwärtigen Beschlußlage um etwa 12 Milliarden gesenkt. Auf die Einnahmefälle wird nicht mit harten Sparmaßnahmen bei den Ausgaben reagiert, auch werden keine indirekten Steuern zur Finanzierung dieser Ausfälle erhöht.
- Die Deutsche Bundesbank versucht auch 1988, die Zinsen am Kapitalmarkt auf niedrigem Niveau zu halten und toleriert eine relativ expansive Entwicklung der Zentralbankgeldmenge. Zur Erfüllung der anläßlich der Louvre-Konferenz und des Wirtschaftsgipfels in Venedig übernommenen Verpflichtungen ist die Bundesbank auch bereit, im Falle eines erneuten Aufwertungsdrucks auf die D-Mark die Zentralbankzinsen weiter zu senken.

Unter diesen Bedingungen werden sich 1988 die Gewichte der Nachfrageentwicklung, die sich in diesem Jahr zugunsten der inländischen Komponenten verschoben hatten, wieder etwas stärker auf die Impulse aus dem Ausland verlagern: Die bremsenden Wirkungen der D-Mark-Aufwertung werden mehr und mehr an Bedeutung verlieren; die Abschwächung der Belastungen des deutschen Exports in bestimmten Regionen — OPEC-Staaten, Staatshandelsländer — werden wieder ein mäßiges Wachstum des realen Exports zulassen. Allerdings werden die exportierenden Unternehmen sich in vielen Fällen mit niedrigeren Gewinnspannen zufrieden geben müssen, denn der internationale Wettbewerb ist für die Unternehmen nicht nur in den Ländern des Dollarraums hart; diese Länder nutzen ihre wechselkursbedingten Wettbewerbsvorteile auch zur Vergrößerung ihrer Marktanteile in der EG. Die Ausfuhrpreise, die in diesem Jahre sogar etwas gesunken sind, werden 1988 nur geringfügig erhöht werden können, wahrscheinlich weniger, als die Produktionskosten steigen.

Der Wachstumsbeitrag der realen Bruttoanlageinvestitionen, der schon in diesem Jahr geringer war als erwartet, wird auch im kommenden Jahr nicht groß ausfallen. Zwar werden die Finanzierungsbedingungen unter den für die Geldpolitik gesetzten Annahmen günstig bleiben; der Kapitalmarktzins wird kaum steigen, und die eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen werden sich weiter erhöhen. Die nach dem konjunkturellen Rückschlag seit Mitte vorigen Jahres beeinträchtigte Zuversicht der Unternehmen steht jedoch einer baldigen Erho-

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND saisonbereinigte Werte ¹⁾

logarithmischer Maßstab



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.— 2) Spezialhandel, in Preisen von 1980. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt.— 3) Linearer Maßstab.— 4) Terms of Trade auf Basis der Durchschnittswerte.— 5) Ab 2. Quartal 1987 Vorausschätzung des DIW.

DIW 87

lung der Investitionsneigung entgegen. Auch die Steuer-senkung kann nur wenig dazu beitragen, Investitionsat-tentismus zu überwinden. Für die Ausrüstungsinvesti-tionen ist daher abermals ein nur schwacher Anstieg (etwa um 2,5 vH) zu erwarten.

Die Entwicklung der gesamten Bauinvestitionen wird von divergierenden Einflüssen aus den einzelnen Nach-fragebereichen bestimmt werden. Ungünstig sind die Per-spektiven für die Entwicklung staatlicher Bauinvesti-tionen. Hier muß damit gerechnet werden, daß die öffentli-chen Investoren aufgrund ihrer angespannten Haushalts-lage nicht mehr ausgeben werden als in diesem Jahre; dabei würden die realen Investitionen sogar sinken. Mit real 3 vH relativ günstig, wenn auch im Vergleich zur Ent-wicklung in diesem Jahr abgeschwächt, dürften sich die Investitionen im Wirtschaftsbau entwickeln. Die Auftrags-bestände sind in diesem Bereich noch recht hoch, und die Auftragseingänge steigen weiter. Nachfragestimulie-rend dürften auch steigende Umweltschutzinvestitionen sowie verstärkte Investitionen im Bereich Bahn und Post wirken. Außerdem werden im Wirtschaftsbau vermehrt In-vestitionen im Bereich Modernisierung vorgenommen. Die Investitionen im Wohnungsbau dürften den diesjäh-rigen Rückgang im kommenden Jahr wettmachen, viel-leicht sogar etwas mehr als das. Wichtig für diese Ein-schätzung ist die Annahme, daß die potentiellen Bau-herren wohl nicht mehr mit einer Verbesserung der Finan-zierungsbedingungen rechnen, die geltenden aber genü-gend Anreiz schaffen, Baupläne zu verwirklichen.

Insgesamt dürften 1988 die Bruttoanlageinvestitionen um etwa 2 vH zunehmen. Getragen wird die Entwicklung von der Expansion bei den Investitionen der Unter-nehmen. Die erforderliche Beschleunigung im Wachstum des Produktionspotentials ist mit derartigen Investitions-steigerungen indes nicht zu erreichen.

Finanzpolitisch wird das Jahr 1988 durch die zweite Hälfte der Steuerreform 1986/88 geprägt sein, wobei vor-gesehen ist, auch die unteren Einkommensschichten durch die Aufstockung des Grundfreibetrags um 312 DM zu entlasten. Insgesamt dürfte das Entlastungsvolumen reichlich 12 Mrd. DM betragen, das gesamte Steuerauf-kommen wird dabei nur um etwas mehr als 2 vH steigen. Geschmälert wird der Einnahmenanstieg auch dadurch, daß die Gewinnabfuhrung der Bundesbank nochmals re-duziert wird. Der Anstieg der Sozialbeiträge dürfte sich im Rahmen der Entwicklung von 1987 bewegen.

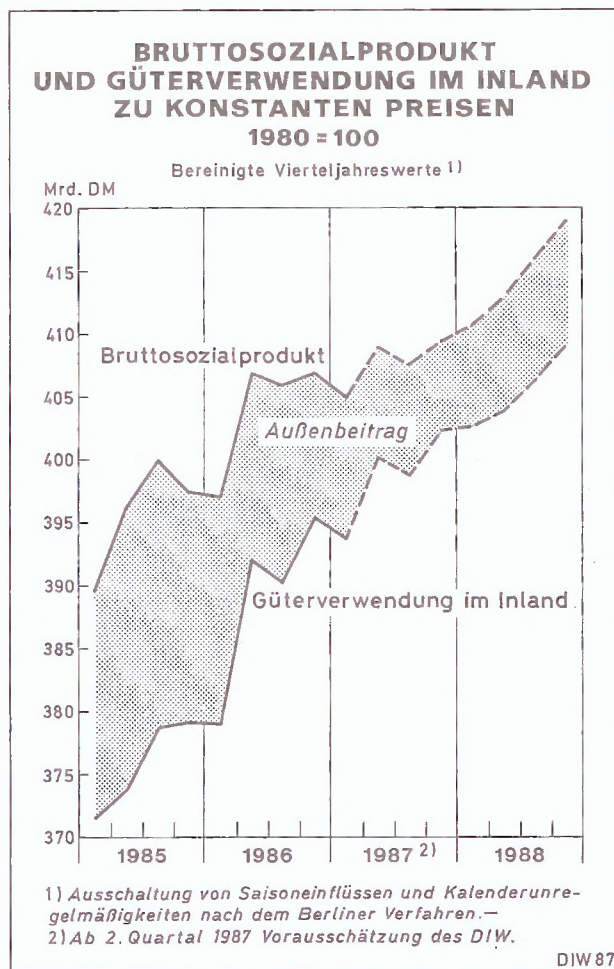
Mit größeren Unsicherheiten als üblich ist die Schät-zung der Staatsausgaben verbunden, weil die Reak-tionen insbesondere von Ländern und Gemeinden auf die Steuerausfälle ungewiß sind. Die Erfahrung lehrt, daß die bereitgestellten Mittel zur Investitionsfinanzierung und damit die öffentlichen Investitionen bevorzugtes Objekt von Ausgabekürzungen sind. Der Schätzung liegt die An-nahme zugrunde, daß die nominalen Investitionen 1988 nicht mehr aufgestockt werden, sondern stagnieren; in re-aler Rechnung würde dies einen leichten Rückgang be-

deuten. Sehr zurückhaltend wird die Einstellungspolitik im öffentlichen Dienst sein. Die Tarifabschlüsse werden niedriger als in diesem Jahr ausfallen. Auch die laufenden Sachaufwendungen dürften weniger stark als in den Vorjahren ausgeweitet werden. Insgesamt ist mit einem Anstieg der staatlichen Verbrauchsausgaben um 4 vH zu rechnen. Hingegen werden die Zinsausgaben, bedingt durch die stärkere Inanspruchnahme von Fremdmitteln, wieder etwas rascher zunehmen (5 vH). Der große Block der Transferausgaben im Inland dürfte nur unterdurchschnittlich steigen (3 vH). Ihre Entwicklung wird in starkem Maße von der Rentenanpassung bestimmt. Mit Ausnahme der Nachwirkungen der Mitte 1987 in Kraft getretenen Verbesserungen beim Arbeitslosengeld sind keine Maßnahmen in Aussicht, die zu nennenswerten Mehrausgaben führen. Der Finanzierungssaldo des Staates — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — wird sich von 40 Mrd. auf 50 Mrd. DM erhöhen. Insgesamt gesehen gehen von den staatlichen Aktivitäten, nicht zuletzt aufgrund der Steuersenkungen, positive Einflüsse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus.

Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte werden 1988 verstärkt expandieren. Dies gilt insbesondere, nachdem die schon lange beschlossene zweite Stufe der Steuerreform um 5 Mrd. DM aufgestockt worden ist und so breitere Arbeitnehmerschichten begünstigt werden. Damit ist von der Einkommensentwicklung her eine Beschleunigung angelegt. Die Erhöhung der Bruttostundenverdienste wird ähnlich sein wie in diesem Jahr, die Nettoverdienste der Arbeitnehmer werden aber stärker steigen als die Bruttoverdienste. Die Nettolohn- und -gehaltsumme wird mit 4 vH etwa doppelt so rasch expandieren wie 1987. Das Arbeitsvolumen wird im Jahresdurchschnitt in etwa gleichem Tempo zurückgehen wie 1987 (–1 vH), obwohl weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit wirksam werden. Diese Effekte werden aber zum Teil durch mehr verfügbare Arbeitstage aufgewogen. Unterstellt man, daß die entnommenen Gewinne in gleichem Tempo wie 1987 erhöht werden — angesichts der sich 1988 wieder bessernden Gewinnentwicklung keine unrealistische Annahme —, so ergibt sich für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ebenfalls ein verstärkter Zuwachs.

Die leichte Beschleunigung im Anstieg der Konsumausgaben wird allerdings durch die verstärkt steigenden Verbraucherpreise mehr als kompensiert. Der reale Verbrauch wird damit nicht stärker, sondern schwächer expandieren als 1987, nämlich nur um 2 vH. Mit diesem Tempo wird auch die gesamte Güterverwendung im Inland zunehmen; gemessen daran wird also der private Verbrauch trotz Steuersenkung nicht mehr in gleichem Maße als „Konjunkturmotor“ wirken wie in diesem Jahr.

Die im Jahresdurchschnitt 1988 erwartete Erhöhung der Verbraucherpreise bedeutet nicht, daß sich inflatorische Tendenzen verstärken. Sie ist vielmehr Spiegelbild



der Richtungsänderung bei den Einfuhrpreisen; mit wieder steigenden Erdölpreisen und kaum noch voranschreitender DM-Aufwertung werden sich die Einfuhrpreise wieder deutlich erhöhen, im Jahresdurchschnitt wahrscheinlich um gut 5 vH. Die den Import begünstigenden Einflüsse der Wechselkursveränderungen entfallen damit aber nicht. Die Einfuhrpreise werden auch mit diesem Anstieg noch um 8 vH niedriger sein als 1985, d.h., es bleibt eine hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit vieler ausländischer Anbieter erhalten. Die Wareneinfuhr wird deshalb im kommenden Jahr, gemessen am Expansionstempo der Inlandsnachfrage, kräftig steigen. Begünstigt sind dabei die Fertigwaren; Rohstoffe und Energieträger werden nur in geringem Umfang vermehrt importiert werden. Insgesamt wird sich der Abbau des realen Außenbeitrags nicht fortsetzen, denn Ausfuhr und Einfuhr werden in annähernd gleichem Tempo expandieren. Da sich jedoch die Terms of Trade verschlechtern, wird der Außenbeitrag in nominaler Rechnung weiter zurückgehen. Den Höchststand vom Jahre 1986 (106 Mrd. DM) wird er um etwa 40 Mrd. DM unterschreiten. Der Leistungsbilanzüberschuß in der Abgrenzung der Zahlungsbilanz wird mit 33 Mrd. DM um 20 Mrd. DM niedriger sein als in diesem Jahr.

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1986	1987	1988
Nettoproduktion ¹⁾			
Bergbau	-4,8	-5,0	-3,0
Verarbeitendes Gewerbe	2,5	-1,0	2,0
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	-0,7	-1,0	.
Investitionsgüter prod. Gewerbe	4,4	-2,0	.
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,1	1,0	.
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,4	1,0	.
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	2,2	-1,0	1,5
Weitere Kennzahlen			
Beschäftigte Personen	1,8	-0,5	-0,5
Arbeitszeit	-0,9	-1,5	-1,0
Arbeitsvolumen	0,9	-2,0	-1,5
Produktivität	1,5	1,0	3,0
Lohnsumme	6,1	2,5	2,5
Effektiver Lohnsatz	5,2	4,5	4,0
Lohnstückkosten	3,6	4,0	1,0
1) Kalendermonatlich, 1980 = 100.			
Quellen: 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1987 und 1988 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.			

Da, wie hier vorausgeschätzt, der reale Außenbeitrag nahezu konstant bleibt, werden reale Inlandsnachfrage und reales Bruttosozialprodukt etwa mit derselben Rate zunehmen. Der Anstieg um 2 vH für die Güterverwendung im Inland stellt aber eine Verlangsamung gegenüber dem Vorjahresergebnis dar. Für die Wachstumsrate des Sozialprodukts ergibt sich eine Beschleunigung, weil die Exporte wieder zunehmen werden. Dabei wird die industrielle Produktion, die 1987 fühlbar zurückgeht, wieder steigen. Allerdings werden die gravierenden Wachstums-einbußen von 1987 nicht ausgeglichen. Im Gegenteil: Legt man die Zielvorstellungen der Bundesregierung zugrunde, die mittelfristig ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,5 vH voraussetzen, so ergibt sich 1988 ein weiterer, wenn auch nicht mehr so großer Wachstumsverlust. Für den Arbeitsmarkt beläßt das wenig Hoffnung. Zwar wird die Zahl der Beschäftigten, die in den kommenden Monaten saisonbereinigt zurückgehen wird, im Laufe des Jahre 1988 wieder zu steigen beginnen. Im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der Beschäftigtenzahl jedoch geringer sein als der des Erwerbspersonenpotentials. Obwohl bei anhaltend schlechten Bedingungen am Arbeitsmarkt ein Teil des Angebotsüberschusses durch die Erhöhung der stillen Reserve absorbiert werden dürfte, wird die Zahl der Arbeitslosen bis weit in das kommende Jahr hinein steigen. Mit 2,25 Mill. wird sie im Jahresdurchschnitt etwas höher sein als 1987.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik befindet sich Mitte des Jahres 1987 in einer weit schwierigeren Situation als vor einem Jahr. Durch die starke Abwertung des US-Dollars und die dadurch ausgelöste Konjunkturschwäche haben sich die Entscheidungsspielräume von Geld- und Finanzpolitik verengt.

Der Wert des US-Dollars lag im Juni 1986 bei rund 2,20 DM. Die Bundesrepublik befand sich auf einem Wachstumspfad von annähernd 3 vH. Daher hatten Finanzpolitik und Geldpolitik scheinbar gute Gründe, dem Drängen der Handelspartner auf staatliche Wachstumsimpulse und Zinssenkung zu widerstehen. Damit wurde aber — und das DIW hatte schon im Juni 1986 davor gewarnt² — die Anpassungslast allein auf Wechselkursänderungen verlagert, während bei stärkerem Wachstum in der Bundesrepublik über höhere Importe eine so starke Aufwertung hätte vermieden werden können. Im Juni 1987 liegt der Wert des US-Dollars bei 1,80 DM. Durch die starke Abwertung des Dollars wurden aber die deutschen Exportchancen so stark beeinträchtigt, daß negative Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nicht ausblieben. Dadurch wurde das Wachstum in der Bundesrepublik so stark abgeschwächt, daß der Importanstieg zu gering blieb, als daß er einen nennenswerten Beitrag zum Abbau des internationalen Leistungsbilanzungleichgewichtes hätte leisten können. Dies trägt aber die Gefahr in sich, daß es zu einem erneuten Abwertungsdruck auf den US-Dollar kommt. Eine stärkere DM-Aufwertung könnte die deutsche Exportwirtschaft aber sicher nicht ohne einen gravierenden Einbruch auf vielen Märkten überstehen.

Daher wird die Geldpolitik den in Paris und in Venedig eingegangenen Verpflichtungen der Bundesrepublik entsprechen müssen, zur Stabilität der Wechselkurse beizutragen, das Wirtschaftswachstum zu fördern und einer Rezession rechtzeitig entgegenzutreten. Sie wird auf absehbare Zeit bei ihrem zuletzt verfolgten Kurs relativ niedriger Zinsen bleiben müssen, um das für die Stabilisierung der Wechselkurse nötige Zinsgefälle aufrecht zu erhalten. Die Bundesbank sollte das selbst dann tun, wenn — was allerdings noch keineswegs sicher ist —, das Geldmengenziel noch einmal überschritten wird.

Die Ermäßigung der Notenbankzinsen trug bisher erheblich zur Verbesserung des Klimas am Rentenmarkt bei; wichtiger aber noch ist, daß Ausländer, wie schon 1986, in Erwartung einer Höherbewertung der D-Mark sehr viel deutsche Anleihen kauften. Beides hat mancherorts Zweifel an der Stabilität des Rentenmarktes geweckt: Der Wiederanstieg der Anleihezinsen in den USA werde den deutschen Rentenmarkt in Mitleidenschaft ziehen,

² Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1986/87. Bundesrepublik Deutschland: Wachstum bleibt hinter Erwartungen zurück. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW Nr. 26/86.

zumal die Spekulation auf einen höheren Außenwert der D-Mark nachgelassen habe. Auch die Politik des billigen Geldes sei kein solides Fundament. Die Bundesbank habe aus (falscher) Rücksicht auf den Dollarkurs im vergangenen Jahr und auch noch nach der Jahreswende eine monetäre Überexpansion und die Bildung eines Inflationspotentials zugelassen. Damit seien Zinssteigerungen programmiert. Unternähme die Bundesbank jedoch in diesem Jahr noch nichts, dann würde ihr hierfür spätestens im nächsten Jahr die Rechnung in Form einer neuen Inflationstendenz präsentiert; schon die Erwartung einer solchen Tendenz, aber auch das schließlich unvermeidliche Einschnappen auf einen geldpolitischen Restriktionskurs würden die Kapitalmarktzinsen in die Höhe treiben.

Die Befürchtung, der deutsche Kapitalmarktzins könne in den Sog der amerikanischen Zinssteigerung geraten, ist durch manche Erfahrung gestützt. Allerdings gab es auch Perioden, in denen eine Abkoppelung stattfand. Sie könnte auch in der vor uns liegenden Zeit gelingen, wenn die inländischen und die ausländischen Kapitalmarktteilnehmer davon überzeugt würden, daß wichtige ökonomische und wirtschaftspolitische Argumente gegen — zumindest nennenswerte — Zinssteigerungen in diesem und im kommenden Jahr sprechen.

Nicht nur im Hinblick auf die internationalen Verpflichtungen, sondern auch stabilitätspolitisch gibt es keinen Anlaß, den geldpolitischen Kurs zu verschärfen. Weder von der Nachfrage nach Gütern und Diensten noch von der Kostenseite (Löhne, Einfuhrpreise) her werden in diesem und im nächsten Jahr Anstöße zu einer inflatorischen Entwicklung ausgehen. Dem widerspricht nicht, daß die Verbraucherpreise nicht mehr, wie 1986, sinken, sondern leicht steigen. Denn die Verbilligung der Lebenshaltung im vergangenen Jahr war auf den Rückgang von Ölpreis und Dollarkurs zurückzuführen; der Trend der inländischen Kostenentwicklung war nach wie vor leicht nach oben gerichtet. Deshalb ist es nun, da diese Sonderfaktoren weggefallen sind, nur konsequent, in dem Anstieg der Verbraucherpreise nicht mehr als die Rückkehr zum zugrunde liegenden Preistrend zu sehen.

Die Auffassung, daß es auf absehbare Zeit nicht zu einer nennenswerten Beschleunigung der Preissteigerungen kommen wird, läßt sich auch mit den Lohnabschlüssen dieses Jahres begründen.

In den weit in die Zukunft weisenden Abschlüssen in der Metallindustrie und in der Druckindustrie mit einer dreijährigen Laufzeit wird eine jährliche Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne von etwa 4 vH festgeschrieben. Dieser Abschluß wird auch als Signal für andere Bereiche gelten. Bei Produktivitätsfortschritten, die in der Nähe von 2 vH liegen, bedeutet das einen Anstieg der Lohnstückkosten und damit auch des inländischen Preisniveaus von etwa 2 vH. Damit wird zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik sowohl für viele Unternehmen als auch für die Wirtschaftspolitik eine über mehrere Jahre

geltende stabilitätsgerechte Grundlage für ihr weiteres Handeln gegeben.

Angesichts dieses Befundes sind die kräftige monetäre Expansion und der Aufbau liquider Bestände bei privaten Haushalten und Unternehmen anders zu bewerten als unter einer Konstellation, die schon von sich aus auf nachfrage- und kostenbedingte Preissteigerungen hinweist. Ein Teil dieser liquiden Mittel sind ungeplante, durch die Ölverbilligung im vorigen Jahr bedingte Ersparnisse, die in diesem Jahr ausgabewirksam werden; diese Mehrausgaben sind erwünscht, da sie die Konjunktur stützen werden. Ein weiterer Teil der Liquidität beruht darauf, daß sich der Zwang zur „Ökonomisierung“ der Kassenhaltung verringert hat — Folge eines ebenfalls erwünschten Vorgangs, nämlich der Zinssenkung. Schließlich besteht ein nicht unerheblicher Teil der Liquidität aus „echten“ Ersparnissen, die auf dem Wege zum Kapitalmarkt nur deshalb auf Sicht- und niedrig verzinsten Termin- und Sparkonten „geparkt“ worden sind, weil viele Anleger noch mit Zinssteigerungen gerechnet hatten. Hier scheint sich inzwischen ein Wandel angebahnt zu haben. Offensichtlich kann schon die Tatsache, daß der Kapitalmarktzins entgegen vielen Prognosen weiter gesunken ist, vertrauensbildend wirken und viele Anleger bewegen, ihre Liquiditätsvorliebe und ihre Zurückhaltung gegenüber dem Rentenmarkt aufzugeben. So besteht begründete Hoffnung, daß nicht zinssteigernde Maßnahmen, sondern ein stabiler Kapitalmarktzins die Zentralbankgeldmenge allmählich in die Nähe des Zieltrichters führen werden.

Eine ähnliche quasi-automatische Korrektur wird es in den öffentlichen Haushalten nicht geben. Mit der Steuer senkung, die für 1988 beschlossen ist, werden die Defizite noch einmal steigen. Konjunkturpolitisch ist das erwünscht. Ihre volle Wirkung wird die Steuersenkung aber nur entfalten, wenn der mit ihr verbundene Anstieg des Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte auf rund 50 Mrd. DM hingenommen wird. In der hier vorgelegten Prognose ist ohnehin unterstellt, daß die Einnahmefälle zu einem vorsichtigeren Ausgabeverhalten des Staates führen. Es wäre fatal, wenn die Einnahmefälle zum Anlaß für darüber hinausgehende Streichungen oder gar für kompensierende Steuererhöhungen genommen würden. Die Bundesrepublik käme damit nicht nur ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, auch die hier prognostizierte Aufwärtsbewegung der Wirtschaft würde gefährdet. Damit würde nicht nur die Arbeitsmarktlage weiter verschärft; der Staat würde das Ziel, das er mit solchen Kürzungs- oder Steuererhebungsbeschlüssen zu erreichen versuchte, gerade deshalb verfehlen. Denn gerät die labile Besserung in Gefahr, drohen weitere Steuerausfälle, die eine Begrenzung des Defizits verhindern. Damit wäre auch die für 1990 vorgesehene Steuerreform in dem geplanten Umfang infrage gestellt. Schon heute überschattet das ungelöste Problem der Finanzierung dieser Reform das konjunkturelle Klima und

die Erwartungen der Unternehmer. Mit baldigen konjunktur- und wachstumsgerechten Lösungen würde auch über die Finanzierung der Defiziterhöhung von 1988 entschieden — und dann vermutlich sachgerechter als durch Streichungen bei wichtigen Ausgabepositionen, die nur nach dem Gesichtspunkt politischer Durchsetzbarkeit vorgenommen werden.

Die Erfahrungen mit den Konsolidierungserfolgen nach 1983 helfen heute nicht. Damals haben der amerikanische Staatshaushalt und — im Gefolge der Aufwertung des US-Dollars — die amerikanischen Konsumenten und Investoren sich so stark verschuldet, daß andere — darunter nicht zuletzt die Bundesrepublik — ihre eigene Verschuldung abbauen und eine Forderungsposition gegenüber den USA aufbauen konnten. Heute müssen sich die damals von der US-Politik begünstigten Länder verschulden und die Ersparnisse der Weltwirtschaft in Investitionen und damit Ausgaben umsetzen. Da die privaten Haushalte und Unternehmen durch niedrige Zinsen nur

dann zu Mehrausgaben angereizt werden, wenn auch ihre wirtschaftliche Situation dies nahelegt, muß auch der Staatshaushalt in der Bundesrepublik — wie etwa 1978 — einen Teil der Lücke füllen, um ein befriedigendes Wirtschaftswachstum zu gewährleisten.

Die Diskussion über Erfolg oder Mißerfolg von Beschäftigungsprogrammen geht an den tatsächlichen Erfordernissen vorbei. Es geht nicht um mehr oder weniger Staat, sondern um eine Wirtschaftspolitik, die mit makroökonomischer Logik vereinbar ist. Deshalb soll noch einmal deutlich gesagt werden: Die Prognose für das kommende Jahr basiert auf optimistischen Annahmen über das Verhalten der Wirtschaftspolitik. Wenn Geld- und Finanzpolitik nicht einen konjunkturgerechten Kurs einschlagen, sondern restriktive Maßnahmen ergreifen, etwa um den zu erwartenden Anstieg der Verbraucherpreise zu bekämpfen und die Staatsverschuldung in engen Grenzen zu halten, wäre diese Prognose deutlich nach unten zu revidieren.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1987 und 1988

	1986	1987	1988	1986		1987	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	1,0	0,5	0,0	1,0	1,0	0,5	0,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,9	-1,5	-1,0	-0,9	-0,9	-1,5	-1,0
Arbeitsstage	0,1	0,5	0,5	-0,2	0,4	0,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,1	-0,5	-0,5	-0,2	0,5	-1,0	-0,5
Produktivität¹)	2,4	1,5	2,5	2,9	1,8	2,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	2,5	1,0	2,0	2,7	2,3	1,0	0,5
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	1 081,1	1 116,0	1 161,0	521,2	559,9	536,0	580,5
Staatsverbrauch	383,1	401,0	417,0	176,4	206,7	184,5	216,5
Anlageinvestitionen	375,9	390,5	408,5	169,8	206,1	174,5	216,0
Ausrüstungen	162,2	168,0	177,0	74,3	87,9	76,0	92,5
Bauten	213,7	222,0	231,0	95,5	118,2	98,5	123,5
Vorratsveränderung	2,6	7,5	6,0	13,6	-11,0	18,0	-10,5
Außenbeitrag	106,4	82,5	64,0	47,7	58,6	49,0	34,0
Ausfuhr	634,8	615,5	643,0	316,7	318,1	304,0	311,5
Einfuhr	528,5	532,5	579,0	269,0	259,5	255,0	277,5
Bruttosozialprodukt	1 949,0	1 997,5	2 056,5	928,7	1 020,3	961,5	1 036,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,8	3,5	4,0	4,2	3,4	3,0	3,5
Staatsverbrauch	4,8	4,5	4,0	4,7	4,8	4,5	4,5
Anlageinvestitionen	4,6	4,0	4,5	5,2	4,2	2,5	5,0
Ausrüstungen	5,4	3,5	5,5	8,2	3,2	2,0	5,0
Bauten	4,0	4,0	4,0	2,9	4,9	3,0	4,5
Ausfuhr	-1,9	-3,0	4,5	-0,6	-3,3	-4,0	-2,0
Einfuhr	-8,0	1,0	8,5	-6,7	-9,4	-5,0	7,0
Bruttosozialprodukt	5,5	2,5	3,0	5,7	5,4	3,5	1,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	903,5	927,5	945,0	434,6	468,9	446,0	481,5
Staatsverbrauch	323,5	331,5	338,0	156,4	167,1	160,5	171,0
Anlageinvestitionen	324,2	330,5	337,0	146,6	177,5	148,0	182,5
Ausrüstungen	136,5	139,5	143,0	62,6	73,9	63,0	76,5
Bauten	187,6	191,0	194,0	84,0	103,6	85,0	106,0
Vorratsveränderung	6,1	7,5	5,0	14,3	-8,2	17,0	-10,0
Außenbeitrag	61,2	35,5	36,5	31,6	29,6	21,0	14,5
Ausfuhr	543,1	530,5	547,0	269,7	273,4	262,5	268,0
Einfuhr	481,9	495,0	510,5	238,1	243,8	241,5	253,5
Bruttosozialprodukt	1 618,4	1 632,5	1 661,5	783,5	834,9	793,0	839,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 557,2	1 597,0	1 625,0	751,9	805,3	772,0	825,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,2	2,5	2,0	4,5	4,0	2,5	2,5
Staatsverbrauch	2,5	2,5	2,0	2,5	2,6	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	3,3	2,0	2,0	3,8	2,8	1,0	2,5
Ausrüstungen	4,6	2,0	2,5	7,4	2,4	0,5	3,0
Bauten	2,3	2,0	1,5	1,3	3,1	1,0	2,5
Ausfuhr	-0,5	-2,5	3,0	0,3	-1,2	-2,5	-2,0
Einfuhr	3,2	2,5	3,0	3,2	3,2	1,5	4,0
Bruttosozialprodukt	2,4	1,0	2,0	2,5	2,3	1,0	0,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	3,7	2,5	2,0	3,5	3,8	2,5	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1986	1987	1988	1986		1987	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	- 0,4	0,5	2,0	- 0,3	- 0,6	0,0	1,0
Staatsverbrauch	2,2	2,0	2,0	2,2	2,2	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	1,3	2,0	2,5	1,3	1,3	1,5	2,0
Ausrüstungen	0,8	1,5	2,5	0,8	0,8	1,5	2,0
Bauten	1,7	2,0	2,5	1,6	1,7	2,0	2,0
Ausfuhr	- 1,5	- 1,0	1,5	- 0,9	- 2,1	- 1,5	0,0
Einfuhr	- 10,9	- 2,0	5,5	- 9,6	- 12,2	- 6,5	3,0
Bruttosozialprodukt	3,1	1,5	1,0	3,1	3,0	2,5	1,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 039,1	1 075,0	1 112,0	487,5	551,6	506,5	568,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	837,1	865,0	893,0	392,6	444,4	407,5	457,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	563,5	576,0	598,0	267,1	296,4	274,5	301,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	475,1	471,5	473,5	227,8	247,2	234,0	237,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	401,8	401,5	402,0	192,1	209,7	200,5	201,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	367,9	375,0	381,5	177,5	190,4	179,0	195,5
Nichtentnommene Gewinne	33,9	27,0	20,5	14,5	19,3	21,5	5,5
Volkseinkommen	1 514,2	1 546,5	1 585,5	715,4	798,8	740,5	806,0
Abschreibungen	239,4	250,5	263,5	118,7	120,8	123,5	126,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	195,4	200,5	207,5	94,6	100,7	97,0	103,5
Bruttosozialprodukt	1 949,0	1 997,5	2 056,5	928,7	1 020,3	961,5	1 036,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	5,0	3,5	3,5	5,0	5,0	4,0	3,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	5,0	3,5	3,5	5,0	5,0	4,0	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,3	2,0	4,0	5,2	5,4	3,0	1,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,8	3,0	3,0	3,9	3,8	3,0	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,2	2,0	3,5	4,1	4,2	2,0	1,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,5	- 0,5	0,5	10,2	8,8	3,0	- 4,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	10,9	0,0	0,0	11,1	10,7	4,5	- 4,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	3,1	2,0	2,0	4,6	1,7	1,0	3,0
Volkseinkommen	6,4	2,0	2,5	6,6	6,2	3,5	1,0
Abschreibungen	3,8	4,5	5,5	3,7	3,8	4,0	5,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	1,3	2,5	3,5	1,4	1,2	2,5	2,5
Bruttosozialprodukt	5,5	2,5	3,0	5,7	5,4	3,5	1,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	563,5	576,0	598,0	267,1	296,4	274,5	301,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	309,8	322,0	332,0	153,3	156,6	159,5	162,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	408,8	423,5	436,5	198,3	210,5	206,0	217,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,1	18,5	18,5	9,1	9,0	9,0	9,0
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	36,0	36,0	36,0	17,1	18,8	17,0	19,0
Verfügbares Einkommen	1 228,1	1 267,0	1 312,0	592,4	635,7	614,0	653,0
Privater Verbrauch	1 081,1	1 116,0	1 161,0	521,2	559,9	536,0	580,5
Ersparnis	147,0	151,0	151,0	71,2	75,8	78,0	72,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,0	12,0	11,5	12,0	11,9	12,5	11,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1986	1987	1988	1986		1987	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,3	2,0	4,0	5,2	5,4	3,0	1,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	3,7	4,0	3,0	2,8	4,5	4,0	3,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	3,4	3,5	3,0	3,7	3,2	4,0	3,0
Verfügbares Einkommen	4,4	3,0	3,5	4,2	4,6	3,5	3,0
Privater Verbrauch	3,8	3,5	4,0	4,2	3,4	3,0	3,5
Ersparnis	9,4	2,5	0,0	4,5	14,5	9,5	- 4,0
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁵⁾							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	473,4	488,0	498,5	222,6	250,7	229,5	259,0
Sozialbeiträge	336,8	350,0	364,0	158,7	178,2	165,0	185,0
Erwerbseinkünfte	34,8	29,5	26,0	20,7	14,1	15,5	14,0
Sonstige laufende Übertragungen	22,8	23,5	24,5	10,9	11,9	11,5	12,5
Empfangene Vermögensübertragungen	5,9	6,0	6,0	2,6	3,3	2,5	3,5
Einnahmen insgesamt	873,7	897,0	919,0	415,6	458,1	423,5	473,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	383,1	401,0	417,0	176,4	206,7	184,5	216,5
Zinsen	57,6	59,5	62,5	32,4	25,2	33,5	26,5
Laufende Übertragungen an	392,9	409,0	423,0	192,8	200,1	201,0	208,0
Private Haushalte	316,7	329,0	339,0	157,3	159,4	163,5	165,5
Unternehmen	44,8	47,5	49,5	19,2	25,7	21,0	27,0
Ausland	31,4	33,0	35,0	16,3	15,1	17,0	16,0
Geleistete Vermögensübertragungen	31,9	32,0	32,5	12,8	19,1	12,5	19,5
Nettoinvestitionen	32,3	34,0	34,0	12,2	20,1	12,5	21,5
Ausgaben insgesamt	897,7	935,5	969,0	426,6	471,1	444,0	491,5
Finanzierungssaldo	- 24,1	- 38,5	- 50,0	- 11,0	- 13,1	- 20,5	- 18,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	3,0	3,0	2,0	3,3	2,8	3,0	3,0
Sozialbeiträge	5,3	4,0	4,0	5,2	5,3	4,0	4,0
Erwerbseinkünfte	- 1,2	- 15,5	- 11,5	16,2	- 19,0	- 25,0	- 1,0
Sonstige laufende Übertragungen	6,3	4,0	3,0	10,4	2,8	3,5	4,0
Empfangene Vermögensübertragungen	5,0	- 2,0	1,0	8,7	2,2	- 5,0	0,0
Einnahmen insgesamt	3,8	2,5	2,5	4,8	2,9	2,0	3,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	4,8	4,5	4,0	4,7	4,8	4,5	4,5
Zinsen	4,1	3,5	5,0	7,3	0,3	3,0	4,5
Laufende Übertragungen an	4,0	4,0	3,5	2,8	5,2	4,0	4,0
Private Haushalte	3,4	4,0	3,0	2,5	4,3	4,0	4,0
Unternehmen	9,9	6,0	3,5	5,3	13,6	8,5	4,5
Ausland	1,8	4,5	6,0	2,7	0,7	3,5	5,5
Geleistete Vermögensübertragungen	- 4,6	0,0	1,5	- 7,6	- 2,5	- 3,0	2,0
Nettoinvestitionen	11,2	5,0	0,5	11,6	10,9	3,5	6,0
Ausgaben insgesamt	4,2	4,0	3,5	3,8	4,6	4,0	4,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 3) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1987) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; 1987 und 1988 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 56. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1–2/1986 100 S. DM 52,—

60 Jahre Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Von *Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Eberhard Diepgen, Dr. Otto Schlecht und Elmar Pieroth*.
Der Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft — Ihre Industriepolitik und der Welthandel. Festansprache von *Dr. Karl-Heinz Narjes*.
Zwischenbericht zur Strukturberichterstattung 1987. Vom *Arbeitskreis Strukturberichterstattung im DIW*.
Finanz-Freihäfen, Möglichkeiten für die Bundesrepublik Deutschland und Berlin? Von *Reinhard Pohl*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1986 130 S. DM 78,—

An Introduction to Current Research in Disaggregated Modelling. By *Georg Erber*.
The Find-Model
The General Framework of a New Disaggregated Economic Model for the Federal Republic of Germany. By *Georg Erber*.
A Dynamic Multisectoral Model of Production, Investment and Prices Based on Flexible Cost Functions. By *Shinichiro Nakamura*.
An Almost Ideal Demand System for a Dynamic Multisectoral Model of Private Consumption. By *Georg Erber, Hansjörg Haas, Gustav Adolf Horn*.
Foreign Trade Modelling for the Federal Republic of Germany. By *Georg Erber*.
Survey on National and International Modelling Activities
Analysing Economic Policies with a Large-Scale Multisectoral Dynamic Model: The Cambridge Model of the UK Economy. By *Terry Barker*.
Principles and Practices of the Informum Interindustry Macro Model. By *Clopper Almon*.
Integrated Economic and Energy Modelling: HERMES — A Harmonized European Research into Macrosectoral Economic and Energy Systems. By *G. d'Alcantara, A. Italianer*.
The State of the Bonn-IIASA Research Projekt. By *Wilhelm Krelle*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1986 140 S. DM 74,—

Neuere Entwicklung der Innovationstheorie. Von *Jürgen Kromphardt und Manfred Teschner*.
Industrial Policy in the USA, in Japan and in Western Europe: How Competitive is Europe? By *Fritz Franzmeyer*.
The Information Sector as a Sub-System of an Input-Output-Table. By *Reiner Stäglin*.
Die Auswirkungen veränderter Unternehmensorganisation auf Kapital und Beteiligung. Von *Bernd Görzig und Erika Schulz*.
Quantitativer Vergleich der Hochschulsysteme in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Von *Wolfgang Jeschek*.
Wohnungsbau in beiden deutschen Staaten. Von *Bernd Bartholmai und Manfred Melzer*.
Reformen in der sowjetischen Industrie: Stand und Perspektiven. Von *Ulrich Weißenburger*.
Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung. II. Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1987/88. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.